

UNI AMSTERDAM:

## Eine Uni wird geräumt

Wie Studenten ihre Hochschule vor Sparmaßnahmen retten wollen: Ein Besuch in der Kampfzone von Caspar Shaller

DIE ZEIT N° 17/201517. Mai 2015 08:56 Uhr 3 Kommentare

[schließen](#)

[PDF](#)

[Speichern](#)

[Mailen](#)

[Drucken](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Google +](#)



Da war die Uni noch nicht geräumt: Szenen in Amsterdam. | © Remko de Waal/AFP/Getty Images

Mitten in Amsterdams mittelalterlichem Stadtzentrum steht ein Verwaltungsgebäude der Universiteit van Amsterdam, das Maagdenhuis. Es ist seit sechs Wochen besetzt – doch das fällt zwischen den im Sonnenschein gefüllten Straßencafés kaum auf. Es wirkt, als hätten sich ein paar Jugendliche versammelt, die den ersten schönen Frühlingstag nutzen, um sich auf die

braunen Pflastersteine zu setzen. Nur farbige Girlanden kennzeichnen die Besetzung.

Im Universitätsgebäude erkennt die geübte Nase den typischen Duft einer Vokü, einer Volksküche. Curry-Geruch dringt in den mit Marmor ausgelegten und mit Palmen bestückten Lichthof. Transparente hängen vom Geländer. Öffentliches Eigentum zu privatisieren sei Diebstahl, verkünden sie oder, etwas konfrontativer: "Wenn die Uni ihre Gebäude wiederhaben will, kann sie sie haben. Ziegel um Ziegel." Die Graffiti in den Toiletten sind konzilianter. Auf den Zwischenwänden wird zu Respekt, Kooperation und zum Niederreißen der Geschlechterbarrieren aufgerufen. Die Türen sind mit "Genderneutral" markiert. Gut gelaunt fläzen sich die Besetzer auf Sofas, kochen Kaffee, putzen die Küche oder tragen mysteriöse Objekte die Treppen rauf und runter. Eine Kunstaussstellung wird aufgebaut. Mitgebrachte Croissants werden zu Gemeingut erklärt und sofort verspeist. Die Stimmung ist *gezellig*. Es ist eine sehr höfliche Besetzung, es gibt Putzteams und sogar einen Info-Point.

Im November 2014 wurde bekannt, dass die Universität Amsterdam massiv umstrukturiert werden soll. Vorgesehen war, die gegenwärtig 28 geisteswissenschaftlichen Bachelorstudiengänge durch einen einzigen Liberal-Arts-Bachelor nach amerikanischem Vorbild zu ersetzen. So sollte es keine eigene Germanistik, Geschichte oder Philosophie mehr geben, sondern nur noch frei wählbare Einzelkurse. Die "kleinen Sprachen", darunter selbst die UN-Amtssprache Arabisch, sollten fast ganz verschwinden. Hintergrund: Die Regierung in Den Haag subventioniert Studiengänge nach Anzahl der Studenten. "Innerhalb eines einzigen Monats hat die Uni-Leitung ohne vorangegangene Diskussion entschieden, ein System umzustürzen, das mehr als 200 Jahre lang funktioniert hat", sagt der Geschichtsstudent und Besetzer Teun fassungslos. Einhergehen sollte das Programm mit massiven Sparauflagen. Dem Streichkonzert zum Opfer gefallen wären Hunderte Stellen und bis zu ein Drittel des Lehrangebots. Zudem waren steigende Studiengebühren geplant sowie eine landesweite Ersetzung der staatlichen Studienunterstützung durch Kredite.

Die Bestürzung darüber führte zur Gründung von Humanities Rally, einer Bewegung, die sich die Rettung der Geisteswissenschaften zum Ziel setzte. Nach einer Demonstration am 14. Februar besetzten einige Studenten ein Universitätsgebäude in der Innenstadt, das Bungehuis. Das Art-déco-Gebäude

war allerdings von der Uni bereits an Soho House verkauft worden, einen exklusiven Privatclub mit hohen Jahresgebühren und Niederlassungen in London, Paris und Berlin. Am 24. Februar wurde es gewaltsam geräumt, was den Besetzern eine breite Solidaritätsbekundung eintrug: Bis zu 2.000 Studenten und Professoren demonstrierten am Tag danach für die Anliegen der Bewegung. Anschließend besetzten einige Demonstranten unter dem Banner "Nieuwe Universiteit" das ungleich prominentere Maagdenhuis, das diese Behandlung damit zum elften Mal seit 1969 schweigend über sich ergehen lässt.

Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Studenten hinter der Bewegung steht. Nieuwe Universiteit und Humanities Rally wollen bis Ende des Jahres neue Vorschläge für die Finanzierung und Reorganisation der Uni erarbeiten. Doch ob die Uni-Leitung und das Bildungsministerium auf sie hören werden, ist ungewiss. Die Umstrukturierung sei nötig, um Defizite auszugleichen, verkündete die Uni-Leitung. Und tatsächlich: Wer sich in die Details des Universitätsbudgets begibt, entdeckt Erschreckendes. Vorwürfe von Misswirtschaft wurden laut. Im März 2014 hieß es, man müsse 200.000 Euro einsparen. Bis zum November war diese Zahl auf 13 Millionen angeschwollen. Ob es dabei bleibt, ist nicht klar. "Genaueres wissen wir nicht über das Budget – es gibt ja keine Transparenz", sagt Teun. Dass die Buchhaltung der Universität etwas kreativ ausfallen kann, weiß auch der emeritierte Politikwissenschaftsprofessor Rob Hagendijk aus seiner Zeit als Institutsleiter. "Jedes Jahr wollte uns die Uni beweisen, dass wir ein Defizit hatten und sparen müssten. Aber wenn unser eigener Buchhalter die Zahlen noch mal durchging, fand er jedes Mal einen Budgetüberschuss."

Mittlerweile hat die Nieuwe Universiteit Ableger im ganzen Land. In Utrecht, Groningen, Delft, Nijmegen und Leiden sind die Probleme dieselben. Eine Onlinepetition fand schnell Tausende Unterzeichner, darunter so illustre Namen wie Judith Butler, Noam Chomsky oder Jean-Luc Nancy. Das zeigt, die Probleme beschränken sich nicht nur auf eine Uni, auf ein Land. Hinter den weitreichenden Umstrukturierungen, die die niederländische Hochschullandschaft bedrohen, steht ein globaler Prozess. Die immer heftiger werdenden Studentenproteste auf der ganzen Welt belegen das. Von den Massenprotesten in Chile über die Campusbesetzungen und Schuldenstreiks in Kalifornien bis zu der Bewegung der Roten Plätze in Quebec und den Ausschreitungen in Großbritannien, wo Hunderttausende Studenten gegen die Regierung protestierten: Überall wehren

sich Studenten und Professoren gegen Sparvorgaben, undemokratische Strukturen und die Ökonomisierung der Bildung. Diese Probleme hätten ihre Wurzeln in der Art, wie heute öffentliche Institutionen verwaltet würden, sagt Hagendijk. "Das ist eine Revolte gegen die Methoden des New Public Management." Der Begriff bezeichnet eine Form der öffentlichen Verwaltung, die sich an privatwirtschaftlichen Managementtechniken orientiert. Bürger sollen wie Kunden behandelt werden. Seit den Achtzigern verbreitet sich das Konzept, von Thatchers Großbritannien ausgehend, und flutet Verwaltungen mit Benchmarking, Targets oder Profitcentern. "Und zwar nicht nur in der höheren Bildung, sondern auch im Gesundheitswesen oder im sozialen Wohnungsbau. Überall führen diese Methoden zu Entfremdung und Ekel", erklärt sich Hagendijk die breite Solidarität mit den Uni-Besetzern.